

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Gila Altmann (Aurich), Franziska Eichstädt-Bohlig, Michaela Hustedt, Egbert Nitsch (Rendsburg), Dr. Jürgen Rochlitz, Marina Steindor und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/6300 –

Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1996

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Schadensbilanz der deutschen Wälder ist mit 57 Prozent kranker Bäume deutlich negativ. Die leichte statistische Zustandsverbesserung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die tatsächliche Situation unserer Waldökosysteme nach wie vor sehr kritisch ist.

Eine Abnahme der Schäden kann nur für einzelne Baumarten und auch nur regional beobachtet werden:

- Die Fichte ist in Ostdeutschland – trotz eines leichten Rückgangs der Schäden – mit 22 Prozent deutlich geschädigter Bäume noch wesentlich stärker geschädigt als in Süd- und Nordwestdeutschland. Insgesamt ist nur knapp die Hälfte der Fichten ohne Schadmerkmale.
- Die Kiefer zeigt als einzige Baumart eine Abnahme der deutlichen Schäden in allen Landesteilen, dennoch sind nur 44 Prozent der Kiefern ohne Schadmerkmale.
- Beim wichtigsten Laubbaum, der Buche, stiegen die deutlichen Schäden in Süddeutschland auf 35 Prozent. Insgesamt ist die in den meisten Gebieten Deutschlands natürliche Hauptbaumart zu drei Vierteln krank.
- Der zweitwichtigste Laubbaum in deutschen Wäldern, die Eiche, zeigt das dramatischste Bild: Sie erreichte 1996 einen Schadensrekord, nur 18 Prozent der Eichen sind noch gesund, in Thüringen ist es keine einzige mehr.

Aufgrund dieser Daten verbietet es sich, 20 Jahre nach Erkennen der „neuartigen Waldschäden“ und bei einem gleichbleibend hohen Schadensniveau nun „zur Tagesordnung“ überzugehen. Der leichte Rückgang deutlich geschädigter Bäume um durchschnitt-

lich 2 Prozent kann keinesfalls als Beleg für eine erfolgreiche Luftreinhaltspolitik gewertet werden, wie dies die Bundesregierung tut. Aufgrund des massiven Drucks der Umweltbewegung wurden zwar in den vergangenen Jahren erhebliche Emissionsminderungen – insbesondere bei Schwefeldioxid – erreicht, um aber eine nachhaltige Gesundung des Ökosystems Wald zu bewirken, ist das Emissionsniveau vor allem bei Stickoxiden und Ammoniak noch wesentlich zu hoch. So hat es die Bundesregierung versäumt, im Rahmen der Düngeverordnung praktisch umsetzbare Vorgaben für eine umweltentlastende, massive Reduktion der Stickstoffdüngung und damit der Ammoniakemissionen zu definieren. Ebenso sind die Regelungen der Sommersmog-Verordnung völlig ungenügend, um das Auftreten des stark waldschädigenden bodennahen Ozons im Sommer zu unterbinden.

Der Hauptgrund für die leichte durchschnittliche Zustandsverbesserung der deutschen Wälder liegt in der feucht-kühlen Witterung des Sommers 1996, die dem Wald zusätzlichen Trockenstreß und eine hohe Ozonbelastung ersparte. Da die Waldschadenserhebung optisch durch Abschätzung der Blatt- bzw. Nadelverluste erfolgt, wurden hier kurzfristig Verbesserungen wahrgenommen.

Langfristig stellt die schleichende Degradation der Böden aber die Hauptgefährdung unserer Waldbestände dar. Der Eintrag von säurebildenden Luftschadstoffen in die Waldböden ist wesentlich zu hoch. Das Umweltbundesamt hat im Rahmen der VN-Konvention über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigungen die kritischen Belastungswerte (Critical Loads) von Stickstoff und säurebildenden Substanzen insgesamt für Deutschland berechnet. Hieraus wird deutlich, daß auf nahezu 90 Prozent der Fläche der Bundesrepublik Deutschland sowohl die Stickstoff- als auch die Säureeinträge die von den Ökosystemen verkraftbare Belastung z. T. bis zum Dreifachen übersteigen.

Der überhöhte Stickstoffeintrag in die Waldböden verursacht gravierende Veränderungen in der Bodenchemie und -biologie, die zu irreversiblen Schäden des Ökosystems führen können. Aufgrund des Düngeeffekts von Stickstoff wird zwar das Wachstum der Bäume angeregt, mit einer Gesundung des Waldes hat dies aber nichts zu tun, im Gegenteil:

- Das Zuviel an Stickstoff verursacht ein Nährstoffungleichgewicht im Boden, Ernährungsstörungen der Bäume sind die Folge.
- Die Frostempfindlichkeit der Bäume und die Anfälligkeit gegenüber Schadinsekten nimmt zu.
- Die Anfälligkeit der Bäume gegen Sturm und Trockenheit steigt.
- Eine üppige Bodenvegetation konkurriert mit den Bäumen um Wasser und Nährstoffe und behindert die Naturverjüngung.
- An stickstoffarme Standorte angepaßte Pflanzenarten – worunter sich besonders viele Rote-Liste-Arten befinden – werden verdrängt und sind vom Aussterben bedroht.

- Nitrat und toxische Aluminium-Ionen werden freigesetzt und gelangen ins Grundwasser, wodurch die Trinkwassergewinnung gefährdet wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Der im Waldzustandsbericht 1996 angekündigte Bodenzustandsbericht ist umgehend und fundiert fertigzustellen und zu veröffentlichen. Vor dem Hintergrund dieses Berichts sind die bisher zum Schutz der Waldökosysteme durchgeführten Maßnahmen kritisch zu prüfen und zu modifizieren. Der Bodenzustandsbericht ist jährlich fortzuschreiben.
2. Mit dem Critical-Loads-Konzept wurde eine international anerkannte Methode zur Bestimmung der Belastbarkeitsgrenze von Ökosystemen entwickelt. Die auf der Grundlage dieser Methode gewonnenen Informationen über regionale Überschreitungen der Belastbarkeitsgrenzen sind für konkrete Emissionsminderungsmaßnahmen konsequent zu nutzen.
3. Eine Aufweichung der Erhebungskriterien oder eine Anhebung der Prozentsätze bei der Schadensklassifizierung, wie sie vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie vorgeschlagen wurde, ist abzulehnen.
4. Die weitere drastische Reduzierung der Stickoxid- und Ammoniakemissionen, aber auch der Schwefeldioxidemissionen ist durch technische Maßnahmen, Maßnahmen der Verkehrsvermeidung und eine konsequente Neuausrichtung der Energie- und Agrarpolitik einzuleiten.
5. Die Einführung einer CO₂-/Energiesteuer entsprechend den Vorgaben des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/3555) ist im Rahmen der geplanten Steuerreform zu realisieren, um eine sofortige Minderung waldschädigender Emissionen einzuleiten.
6. Zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Waldbestände ist eine naturnahe ökologische Waldwirtschaft im gesamten öffentlichen Wald zu praktizieren. Dabei muß mit dem Umbau zu standorttypischen, arten- und altersgemischten Beständen jetzt begonnen werden.
7. Die zu erwartenden oder bereits eingetretenen Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Waldökosysteme sind künftig explizit im Waldzustandsbericht zu thematisieren. Für die Erforschung der zum langfristigen Schutz der Wälder angemessenen waldbaulichen Reaktionen auf die Klimaerwärmung sind Gelder in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Bonn, den 11. Februar 1997

Steffi Lemke
Ulrike Höfken
Gila Altmann (Aurich)
Franziska Eichstädt-Bohlig
Michaele Hustedt

Egbert Nitsch (Rendsburg)
Dr. Jürgen Rochlitz
Marina Steindor
Joseph Fischer (Frankfurt),
Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

